

Herbsttagung mit Ergebnissen

12

mit dbb seiten

MAGAZIN

Dezember 2019 • 69. Jahrgang



➤ Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mit dem 1. Adventssonntag hat nicht nur die Vorweihnachtszeit begonnen. Der Monat Dezember ist der Monat der Jahresrückblicke. Wir schauen zurück auf ein bewegendes Jahr 2019, in dem der Klima- und Umweltschutz eine neue Bedeutung erfahren hat und Millionen von Menschen aktivieren konnte. Unzählige E-Scooter erobern unsere Straßen, die sog. PkV-Maut dagegen verschwindet in der Mottenkiste. 2019, leider wieder ein Jahr mit Naturkatastrophen und Terroranschlägen. 30 Jahre nach dem Mauerfall, ein Jahr in dem in vielen Ländern Menschen für Demokratie und Unabhängigkeit demonstrierten. Der „Brexit“ erzeugt häufig nur noch Unverständnis, und zum Eröffnungstermin des Flughafens Berlin-Brandenburg wagt man besser keine Aussage.

Mit der finalen Staffel ist die Serie „Games of Thrones“ abgeschlossen und die Bundesregierung zieht Halbzeitbilanz.

Die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte hatte vor den Bundestagswahlen 2017 drei Kernforderungen an die politischen Parteien formuliert.

- Beendigung der sachgrundlosen Befristung
- Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes
- Rückführung der einseitigen Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Beamten

Bisher ist keine dieser Forderungen in Gänze umgesetzt. Für die Beendigung der sachgrundlosen Befristung stellten die Parlamentarier bereits mit dem Haushalt 2018 Stellen zur Verfügung. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat inzwischen Eckpunkte zur Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes vorgelegt, die unsere Erwartungen jedoch bei Weitem nicht erfüllen, und der Stillstand bei der Rückführung der Wochenarbeitszeit der Beamten dauert fort. Das Leben gleicht einer Reise, Silvester einem Meilenstein! Gemäß dem Zitat von Theodor Fontane lautet die Zwischenbilanz des vbob zu Silvester: Mehr Mut zum Handeln.

Die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte wird deshalb im neuen Jahr ihre Anstrengungen für die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Bundesverwaltung unvermindert fortsetzen.

Ich freue mich, dass es nach langwierigen Bemühungen gelungen ist, im Januar kommenden Jahres ein Gespräch mit Bundesminister Horst Seehofer zu terminieren. Die oben dargestellten Forderungen und die bisher unerledigten Anträge des Bundesvertretertages 2018 bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für einen fruchtbaren Meinungsaustausch im Interesse der Beschäftigten und einer attraktiven Bundesverwaltung. Gut.Besser.Bundesverwaltung.

Ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2020

Ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende entgegen. Die Weihnachtszeit und der Jahreswechsel sind traditionell Zeit zum Innehalten und Dank zu sagen.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei unseren Gesprächspartnern in Politik und Verwaltungen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und viele konstruktiven Gespräche bedanken. Unser Dank gilt allen Mitgliedern in den Fachgruppen, die durch ihr ehrenamtliches Engagement vor Ort zum Erfolg der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte beigetragen haben.

Im Namen der Bundesleitung und des Bundesvorstandes wünschen wir Ihnen und Ihren Familien, Ihren Angehörigen und Freunden eine friedliche Adventszeit, schöne Festtage und einen guten Rutsch in ein friedliches und gesundes neues Jahr.

Mit vorweihnachtlichen Grüßen

Rita Berning | Ulrike Clausmeyer | Frank Gehlen | Sascha Titze



> Inhalt

> BuHaVo: Herbsttour ins Siebengebirge	4
> Im Dialog: Gespräche über den Bundeshaushalt 2020 fortgesetzt	8
> BMVI macht mobil	9
> Errichtung eines Bundesamtes für Auswärtige Angelegenheiten: Neue Bundesbehörde ab 2021	9
> Kommentierte Pressestimmen	10
> 100 Jahre Vereinigung der Auslandsbeamten	12
> Mitgliederversammlung im Statistischen Bundesamt	12
> Pensionärstreffen	12
> dbb	
> Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz: Die Attraktivität steigt	13
> dossier – Kampf gegen Clankriminalität: Das Al-Capone-Prinzip	14
> nachgefragt bei Andreas Geisel, Berliner Senator für Inneres und Sport	18
> portrait Bewährungshelfer Marc-Alexander Seel	20
> dbb akademie	22
> dbb Frauen, Jugend und Senioren: Grundrente ist klares Zeichen gegen Altersarmut	24
> CESI-Fachtagung: Null Toleranz bei Gewalt gegen Beschäftigte	25
> Parität in den Parlamenten: Frauen machen den Unterschied	26
> Teilzeit nicht schlechter bezahlen als Vollzeit	28
> jugend	29
> arbeitnehmerrechte – Autobahn GmbH des Bundes: Was für Betroffene jetzt wichtig ist	30
> Mobiles Arbeiten in der Bundesverwaltung	32
> europa – Zur Lage der Grundrechte in der EU	34
> dbb verlag – in eigener sache: 30 Jahre ZfPR	36
> Fördertöpfe ausschöpfen: Mehr Kapital für die eigenen vier Wände	38
> Soziale Medien: Die Polizei, dein Freund und Influencer	40
> Dialogforum des Bundesverwaltungsamtes	42
> die andere Meinung	44
> interview – Christine Lambrecht, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz	46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. Hauptstadtbüro Berlin, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzende:** Rita Berning. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** vbob, AdobeStock. **Titelbild:** © A. Glass.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** MEV und Fotolia. **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 36,00 Euro zzgl. 6,80 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 4,00 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannens. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 60 (dbb magazin) und Preisliste 40 (vbob Magazin),** gültig ab 1.10.2019. **Druckauflage dbb magazin:** 590 537 (IVW 3/2019). **Anzeigen-schluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**

BuHaVo Herbsttour ins Siebengebirge

Zwei zentrale Schwerpunkte. Zwei neue Arbeitsgruppen. Zwei intensive Tage. Das sind einige Schlagworte der Sitzung des vbob Bundeshauptvorstandes am 15./16. November 2019. Der Bundesvorstand konnte neben dem Ehrenvorsitzenden Rainer Schwierczinski zahlreiche Fachgruppenvorsitzende und -vorstandsmitglieder im dbb forum siebengebirge begrüßen. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes und die Vorbereitung auf die Personalratswahlen 2020 in der Bundesverwaltung.



Besondere Anlässe sollen sich besonderer Aufmerksamkeit erfreuen. Deshalb lag der Fokus zu Beginn auf einer besonderen Auszeichnung. Die langjährige Treue zum vbob und ein ebenso langes Engagement in der vbob Fachgruppe, in Personalräten und aktuell als Rechnungsprüfer des vbob sind ein willkommener Anlass für eine Ehrung.

So konnte die Bundesvorsitzende Rita Berning im Rahmen der Sitzung Gerhard Friedrichs aus der Fachgruppe Bundesamt für Verfassungsschutz für seine 50-jährige Mitgliedschaft

die goldenen Ehrennadel überreichen.

Der Lagebericht befasste sich unter anderem mit dem kurz vorher vom Deutschen Bundestag beschlossenen Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz (siehe vbob Magazin Ausgabe 11/2019).

Neben der Würdigung der positiven Elemente wurde die Kritik hinsichtlich der einseitigen Ausrichtung auf die Bereiche Bundespolizei, Bundeswehr und Zoll, der IT-Fachkräfte sowie der fehlende Mut für eine tatsächliche Modernisie-

rung hervorgehoben. Der Bundesvorstand wird seine Bemühungen zur Attraktivität und Zukunftssicherung der Bundesverwaltung auch nach dem geplanten Inkrafttreten zum 1. Januar 2020 unvermindert fortsetzen.

Durch das Auswärtige Amt wurde der vbob um seine Stellungnahme zum Entwurf des Errichtungsgesetzes für das zum 1. Januar 2021 zu errichtende Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten (BfAA) gebeten. Mit Errichtung des BfAA sollen (dauerhaft) Möglichkeiten für längerfristige Inlandsstandzeiten von Rotationspersonal wie auch zeitweisen Einsatz von BfAA-Personal im Auswärtigen Amt beziehungsweise an den Auslandsvertretungen ermöglicht werden.

Allerdings ist bis zum heutigen Tage weder das konkrete Aufgabenportfolio des BfAA ausreichend definiert noch liegt ein schlüssiges Personalkonzept vor. In seiner Stellungnahme fordert der vbob, dass die politische Entscheidung einer Ausgründung nicht zu Nachteilen für die betroffenen Beschäftigten führen darf und

ein Wechsel auf dem Freiwilligkeitsprinzip beruhen muss.

Beschlossen hat der Bundestag am 26. September 2019 das „Konzept für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv“. Mit dem Beschluss wird die Verantwortung für die Stasi-Unterlagen zum Ende der Amtszeit des jetzigen Bundesbeauftragten Roland Jahn für die Stasi-Unterlagen im Sommer 2021 auf das Bundesarchiv übergehen.

Das Bundesarchiv (circa 700 Beschäftigte) wird zu diesem Zeitpunkt neue Dienststelle für die circa 1 200 Beschäftigten der BStU. Dort sollen die speziellen Aufgaben des heutigen BStU weitergeführt werden. Im Hinblick auf die regionalen BStU-Standorte und die Beschäftigten darf es auch hier im nachgeordneten Bereich der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien nicht zu Nachteilen kommen. Der vbob unterstützt die Personalräte der Behörden bei der Wahrung der Interessen der Beschäftigten.

Der erste Sitzungstag war geprägt von einer intensiven



Arbeitsatmosphäre. So wurde beispielsweise eine neue Arbeitsgruppe mit dem Titel „vbob 2022“ ins Leben gerufen. Die Mitglieder des vbob sind in

Fachgruppen organisiert, die sich grundsätzlich an der Behördenzugehörigkeit orientieren. Aktuell verzeichnet die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte





tigte eine stetig wachsende Mitgliederzahl. Diese sehr erfreuliche Entwicklung gepaart mit einer oftmals dislozierten Behördenstruktur stellt die Fachgruppen vor besondere Herausforderungen. Die Arbeitsgruppe soll sich bis zum Bundesvertretertag 2022 nicht nur in theoretischer Art mit der Zukunft der Fachgruppenarbeit befassen, sondern ebenfalls praxisorientierte Lösungsvorschläge für die Gestaltung des Fachgruppenkonzeptes erarbeiten.

Die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte ist Teil der dbb Familie. Einen festen Bestandteil der Sitzung der Fachgruppenvorsitzenden bilden daher die Berichte der Vertreterinnen und Vertreter bei den dbb Landesbünden. Brigitte Becker (dbb Hessen) und Olaf Lüttke (dbb Berlin) informierten über zahlreiche Aktivitäten und die aktuellen Themenschwerpunkte.

Die Personalräte im Fokus

Für große Aufregung in den Gewerkschaften und Personalräten haben die Eckpunkte des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zur Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes gesorgt. Was dort vorgelegt wurde, bleibt nicht nur hinter den Erwartungen an eine zeitgemäße Beteiligung von Beschäf-

tigten zurück. Einigen wenigen guten Ansätzen folgen drei Schritte zurück, wenn es um die Beteiligungstatbestände, Freistellungsdauern oder die Möglichkeiten einer personalvertretungsrechtlichen Vorsebstständigkeit geht. Die Mitglieder der vbob AG Novellierung BPersVG hatten bereits im Vorfeld der Tagung des Bundeshauptvorstandes „die Messer gewetzt“ und sich intensiv mit dem Papier beschäftigt.

Die Emotionen schlugen hohe Wellen und so war es gut zu hören, dass Bundesminister Horst Seehofer offenbar nicht an einer Einschränkung der Mitbestimmungsrechte von Personalräten interessiert ist. Die zuständige Abteilung D des BMI wird nun hoffentlich ein neues Papier vorlegen, welches eine echte Vertretung der Personalinteressen erlaubt. Wir halten Sie auf dem Laufenden.

Mit großem Interesse erwarteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch die Präsentation der Ergebnisse der AG Personalratswahlen. Stefan Zeller, Mitglied der Arbeitsgruppe, konnte neben den überarbeiteten Informationsmaterialien für Wahlvorstände und Fachgruppen die erarbeiteten Produkte für die Wahlwerbung (Flyer, Plakate etc.) vorstellen. Die Individualisierung der zur Verfügung stehenden Materialien erfolgt durch die Wahlkampfteams vor Ort in den Be-

hörden. Die Fachgruppen sind durch die Vorbereitungen der Arbeitsgruppe gut für den Wahlkampf gerüstet.

Der vbob hat in Vorbereitung auf den Personalratswahlkampf 2020 Eckpunktepapiere erarbeitet. Bereits im Mai in der Tagung des Bundeshauptvorstandes wurden die Eckpunkte zur fairen Arbeitszeit verabschiedet.

Unter dem Motto **Mit Sicherheit. In Zukunft. Digital.** wurde in der Herbsttagung ein Eckpunktepapier zur Digitalisierung mit der Fragestellung „Wie arbeiten wir morgen zusammen?“ verabschiedet. Gemeinsam mit einem weiteren Papier zur Novellierung des Personalvertretungsgesetzes stehen den Fachgruppen in drei Themenbereichen umfangreiche Informationen und die Positionen des vbob zur Verfügung.

Im Hinblick auf die im nächsten Jahr anstehenden Tarifverhandlungen wurde das Thema „Freizeit statt Geld“ angeregt diskutiert. Der gesellschaftliche Wandel, dass Freizeit für viele Beschäftigte in der arbeitsintensiven und schnelllebigsten Arbeitswelt eine wachsende Bedeutung gegenüber Lohnaufwüchsen hat, zeigte sich auch durch die Diskussionsbeiträge. Die Forderungsfür die Tarifrunde 2020 findet im kommenden Jahr

statt. Der vbob wird dieses Thema bis dahin weiter intensiv diskutieren.

Bereits nach dem Bundesvertretertag 2018 wurde die AG Datenschutz gebildet. Der Leiter der Arbeitsgruppe, Christian Hetzke, konnte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über den Fortschritt in Sachen Datenschutz im vbob in den vergangenen sechs Monaten informieren und auf die nächsten geplanten Aktionen hinweisen.

Der Bundesschatzmeister legte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die finanziellen Angelegenheiten offen und berichtete von der weiterhin positiv verlaufenden Mitgliederentwicklung. Im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern des vbob wurde ebenfalls eine Arbeitsgruppe gebildet. In dieser sollen der Rahmen und für die Gestaltung der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern wesentliche Punkte zusammengestellt werden.

Ehrenamtliches Engagement soll geehrt werden können. Um dies in der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte nicht nur auf der Bundesebene zu ermöglichen, soll es künftig eine vbob Ehrungsordnung geben. Dem Bundeshauptvorstand wurden die ersten Überlegungen vorgestellt.

rb

Deutscher Bundes

Im Dialog

Gespräche über den Bundeshaushalt 2020 fortgesetzt


 Auch mit Klaus-Dieter Gröhler (CDU) und ...

Der Haushalt für das kommende Jahr befindet sich kurz vor seinem Abschluss. Bis zum 29. November 2019 werden die Einzeletats beraten, bevor der Deutsche Bundestag abschließend über den Bundeshaushalt 2020 abstimmt. 14 Tage zuvor fand die sogenannte Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses statt. Für die Vertreter der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte bedeutete dies, im Vorfeld dazu den zahlreichen Forderungen noch einmal Nachdruck zu verleihen.

modernisierungsgesetz für viele Behörden nicht der große Wurf ist, wurde auch den Haushaltern gegenüber deutlich gemacht. Bei Attraktivität geht es darüber hinaus auch um Arbeitszeiten, Arbeitsmodelle und Arbeitsort. Insbesondere bei diesen Themen nehmen wir eine wachsende Individualisierung wahr. Die Anforderungen und Wünsche unter den Beschäftigten weichen stark voneinander ab. Häufig gründen die Vorstellungen auf der eigenen Lebensphase und -situation.

Moderne Arbeits- und Rahmenbedingungen müssen sich in der Ausstattung der Bürogebäude und der Arbeitsplätze widerspiegeln. Im Sommer im Büro sitzen und schwitzen, davon träumt niemand. Das zur Aufgabenerledigung zur Verfügung gestellte technische Equipment sollte dem aktuel-

len Standard entsprechen, und gesundheitsförderliche Büromöbel, wie beispielsweise der elektrisch höhenverstellbare Schreibtisch, müssen heute zur Standardausstattung gehören. Dass berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und das Fortbildungsangebot bei der Personalgewinnung, aber auch bei der Personalbindung zentrale Elemente sind, versteht sich von selbst.

Die Liste von attraktivitätssteigernden Elementen ist noch wesentlich umfangreicher, doch bereits diese kurze Aufzählung zeigt, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit dem Haushalt Jahr für Jahr wichtige Stellschrauben für die Zukunft der Bundesverwaltung stellen. Deshalb mischt sich die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte auch hier ein.

rb



© CDU Saar

> ... Markus Uhl (CDU) gab es interessante Gesprächsthemen.

Die zentrale Forderung der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte in allen Gesprächen ist eine Übereinstimmung zwischen den Aufgaben der Bundesbehörden und der ihr zur Verfügung stehenden Personalausstattung. Neben dem Personalhaushalt muss zunehmend über Sachmittel gesprochen werden, denn auch bauliche Sanierungsmaßnahmen, die Ausstattung der Behörden mit neuester Informations- und Kommunika-

tionstechnik, der Titelantrag für Fortbildungsmaßnahmen und vieles weitere sind Bausteine für funktions- und leistungsfähige Bundesbehörden.

Vor diesem Hintergrund wurde in den letzten Wochen intensiv mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses, unter anderem mit den Abgeordneten Esther Dilcher (SPD), Klaus-Dieter Gröhler (CDU) und Markus Uhl (CDU) der Haushalt 2020 erörtert. Die Gespräche gehen inhaltlich häufig über die spezifischen, haushaltsrelevanten Behördenangelegenheiten hinaus. Vermehrt kommt es zu einem Meinungsaustausch über die Frage, wie man Personal für den öffentlichen Dienst beziehungsweise die Bundesverwaltung gewinnen kann.

Ansätze gibt es viele. Ein schlagkräftiges Argument bei der Personalgewinnung ist gewiss, was am Ende des Monats bei den Beschäftigten im Portemonnaie landet. Dass aus Sicht der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte das Besoldungsstrukturen-



© vbob

> Esther Dilcher (SPD) war sehr interessiert an den Informationen über das Bundesamt für Justiz in Bonn.

BMVI macht mobil

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur steht im Fokus der Bevölkerung, der Medien und der Politik. Viele Herausforderungen für Deutschlands Zukunftsfähigkeit bündeln sich in diesem Ministerium. Unabhängig ob Auto, Bahn, Luftverkehr, Wasserstraße oder Glasfaserausbau, jedefrau und jedermann kann mindestens in einem dieser Bereiche persönliche Erfahrungen einbringen ...

Digitalisierung, Mobilität, Nachhaltigkeit, Umweltbewusstsein – nur vier Stichworte, die die Handlungsfelder des Bundesministeriums und seiner Geschäftsbereiche beschreiben. Beim Eisenbahn-Bundesamt führen sie unter anderem mit der Bündelung des Anhörungs- und Planfeststellungsverfahrens im Bereich der Bundes-schiene zu neuen Aufgaben. Durch das Urteil des EuGH vom 18. Juni 2019 zur Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut) kommt es hingegen beim Kraftfahrt-Bundesamt

zum Wegfall einer Aufgabe. Sowohl Auf- als auch Abbau von Tätigkeiten müssen im Sinne der Beschäftigten haus-hälterisch sinnvoll gestaltet werden. Die Ausbringung neuer Stellen darf in Zeiten drohenden Fachkräftemangels nicht unnötig über Jahre gezogen werden. Beim Abbau ist es wichtig und aufgrund des demografischen Wandels sehr hilfreich, das durch intensive Bemühungen gewonnene Personal zu binden. Hierzu bedarf es neben der Abgeordneten des Deutschen Bundestages auch der Unterstützung



> Dr. Michael Güntner ist seit März 2019 Staatssekretär im BMVI. Sein Aufgabengebiet umfasst die Bundesfern- sowie die Wasserstraßen, die Schifffahrt und die Eisenbahn.

des BMVI. Im Vorfeld der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages trafen sich daher die vbob Bundesvorsitzende Rita Berning und der Staatssekretär im BMVI, Dr. Michael Güntner, zu einem Meinungsaustausch. Digitalisierung, Mobilität, Nachhaltigkeit, Umweltbewusstsein –

die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft haben klare Vorstellungen für die Realisierung ihrer Anforderungen. Ohne Menschen wird das nicht möglich sein. Eine ausreichende Stellenausstattung für die Bundesverwaltung ist eine Investition in die Zukunft Deutschlands.

rb

Errichtung eines Bundesamtes für Auswärtige Angelegenheiten Neue Bundesbehörde ab 2021

Das Auswärtige Amt beabsichtigt, zum 1. Januar 2021 eine Bundesoberbehörde im eigenen Geschäftsbereich einzurichten. Mit dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten (BfAA) (geplante Standorte in Brandenburg an der Havel und Berlin) soll unter anderem ein strukturstärkender Beitrag zum Dezentralisierungsziel der Bundesregierung beigetragen werden.

Der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte wurde durch das Auswärtige Amt der Entwurf des Errichtungsgesetzes für das BfAA zur Stellungnahme übermittelt. Laut dem Gesetzesentwurf sollen mit der neuen Bundesoberbehörde (dauerhaft) Möglichkeiten für längerfristige Inlandsstandzeiten von Rotationspersonal wie auch zeitweisen Einsatz von BfAA-Personal im Auswärtigen Amt beziehungsweise an den Auslandsvertretungen ermöglicht

werden. Der vbob hat eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben und hatte im Nachgang die Möglichkeit zu einem ergänzenden Meinungsaustausch mit der Leiterin der Zentralabteilung im Auswärtigen

Amt, Maria Margarete Gosse. Am 26. November 2019 konnten der kommissarische Vorsitzende der vbob Fachgruppe, Frank Bankstahl, und die Bundesvorsitzende Rita Berning in einem 90-minütigen Ge-

spräch zahlreiche Fragen und Standpunkte ansprechen. Noch mussten einige zentrale Aspekte aufgrund des Verfahrensstandes offenbleiben. Daher ist die Fortsetzung des aufgenommenen Dialogs vereinbart worden.

rb



> Der kommissarische FG-Vorsitzende Frank Bankstahl begleitet Rita Berning zum Gespräch über die Errichtung des neuen BfAA mit der Leiterin der Abteilung Z im AA, Maria Margarete Gosse (Mitte).

Kommentierte Pressestimmen

„Das Internet ist ein Hype“ – Bill Gates, 1995

„Das Internet macht doof“ – Henryk M. Broder, 2007

„Das Internet ist tot“ – Chris Anderson, Michael Wolff, 2010

„Das Internet ist Neuland“ – Angela Merkel, 2013

Nichts von alledem ist eingetreten! So steht der öffentliche Dienst im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung, des Wandels von staatlichen Aufgaben und gleichzeitig schwindender personeller Ressourcen heute unzweifelhaft vor gewaltigen Herausforderungen. Bleibt also die Frage, ob die Digitalisierung künftig eher als zunehmende Gefahr oder doch vielmehr als Chance bei der künftigen staatlichen Aufgabenerledigung begriffen wird.

„Staat ohne Diener“, titelt der **stern** in seiner Veröffentlichung am 7. November 2019. Jahrzehntelang sind Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes unterblieben beziehungsweise dem Spardiktat aus Berlin zum Opfer gefallen. Wir alle spüren die Konsequenzen täglich (veraltete IT-Ausstattungen in Behörden, kein Netz für mobiles Telefonieren, kaputte Straßen, gesperrte und marode Brücken und so weiter). Der Staat verfügt, dank Steuereinnahmen in nie dagewesener Höhe, nunmehr über finanzielle Ressourcen, um hier Abhilfe zu schaffen. Trotzdem geht es mit der notwendigen Modernisierung unseres Landes statt im „High-Speed-Tempo“ oftmals lediglich mit „angezogener Handbremse“ voran. Dabei ist die Notwendigkeit der Aufgaben unbestritten – jetzt fehlt das Personal. Zur Lösung dieses Problems gehen einige öffentliche Arbeitgeber Wege, die vor einiger Zeit noch unvorstellbar gewesen und der Kategorie der Märchenwelt zugeordnet worden wären. So berichtet der **stern**, dass eine Bewerberin von der Stadt Hamm, dem Straßenbauamt, eine „Heavy-Metal-Kreuzfahrt“ geschenkt bekommen habe. Die Idee dazu stammte demnach vom Perso-

nalchef im Rathaus der Stadt, Herrn Bernd Maßmann. Die Stadt muss einen Teil des Rad-schnellweges Ruhr und 10 Kilometer Bundesstraße neu bauen. Das Geld für den Bau ist kein Problem, es steht zur Verfügung. Es fehlen jedoch Straßenbauingenieure für die Planungsarbeiten. Bauingenieure aller Disziplinen sind knapp. Auf die Standardausschreibung bewarb sich seit Monaten keine Kandidatin/kein Kandidat. Nachdem das Stellenangebot mit der Kreuzfahrt verknüpft war, hatte die Stadt plötzlich Bewerberangebote. Täglich gehen jetzt Mails und Anrufe anderer Rathäuser bei der Stadt Hamm ein, die wissen wollen, mit welchem Trick die Kreuzfahrt haushaltstechnisch verbucht wurde. Auch andere Stadtverwaltungen wissen nicht mehr weiter und suchen händeringend Fachkräfte für den Straßenbau, Lebensmittelkontrolleure, Lebensmittelchemiker, Rechtspfleger, Strahlenschutz, Arbeitsschützer, Umweltexperten aller Art und natürlich IT-Spezialisten. Personeller Notstand herrscht bei den Berufsfeuerwehren, Jugendämtern, Schulen, Kindergärten sowie in den Tageseinrichtungen. „Der öffentliche Dienst kann schon jetzt auf vielen Gebieten seine Aufgaben

nicht mehr erfüllen“, sagt Jan Georg Seidel, Vorsitzender der Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im Beamtenbund gegenüber **stern**. Man könne, wenn das so weitergeht, sehr bald von „Staatsversagen“ sprechen, so Seidel weiter.

Eine aktuelle Studie hierzu kommt zu dem Ergebnis, dass bis zum Jahr 2030 rund 800 000 Stellen im öffentlichen Dienst nicht besetzt werden können. Trotzdem: Der Staat beschäftigt etwa 4,8 Millionen Menschen im öffentlichen Dienst. Das müsste doch eigentlich ausreichen, um Aufgaben zu erfüllen, wenn der Staatsapparat zeitgemäß organisiert wäre.

■ Wie sieht jedoch die Realität aus?

Da werden nach wie vor Postwagen mit Schriftstücken in mehrfacher Ausfertigung über die Flure der Behörden geschoben. Der öffentliche Dienst ist im Neuland der Digitalisierung längst noch nicht angekommen. „Die Digitalisierung ist eine Überlebensfrage des funktionierenden Staates. Und da können wir uns von der Verwaltung der Republik Tatarstan ein paar Scheiben abschneiden“, ruft ein erregter Bodo

Ramelow (Die Linke) seinem Publikum zu. Der Ministerpräsident von Thüringen ist Gast bei einer Veranstaltung des Beamtenbundes in seinem Land. Seine Zuhörer beklagen sich über die Arbeitsbedingungen. So müssten Akten oftmals erst eingescannt werden, um sie dann in der Poststelle auszu-drucken. „Meinen Sie, dem Ministerpräsidenten geht es besser?“, ereifert sich Ramelow und berichtet, dass er im ersten Halbjahr seiner Amtszeit das WLAN des Cafés gegenüber nutzen musste, weil in der Staatskanzlei keiner aufzu-treiben war, der einen Router installieren konnte.

Die digitale Verwaltung gilt als große Hoffnung für den öffentlichen Dienst, da damit Routinearbeiten effizienter, schneller und mit weniger Personal erledigt werden könnten. Doch der weitaus größere Teil der Aufgaben eines modernen Staates kann nicht „automatisiert“ erledigt werden. Dazu bedarf es Fachkräfte, die vorwiegend eben keine Routineaufgaben erledigen. Die technische Infrastruktur umzubauen, ist eine Mammutaufgabe. Ohne Fachleute, die die digitale Verwaltung programmieren und planen, bleibt das ganze eine Vision. Bernd Maßmann, der bereits eingangs erwähnte Personalchef mit der „Kreuzfahrtidee“, winkt übrigens ab: „IT-Spezialisten? Vergiss es. Da hat man mit Lockangeboten wenig Chancen. Die kriegen wir so gut wie nie.“

cm

100 Jahre Vereinigung der Auslandsbeamten

Am 23. Oktober 2019 feierte die älteste Interessenvertretung im Auswärtigen Amt, die Vereinigung deutscher Auslandsbeamter e. V. (VDAB), mit 140 Gästen und in Anwesenheit von Staatssekretärin Antje Leendertse und Abgeordneten des Deutschen Bundestages in Berlin ihren 100. Geburtstag.

„Die VDAB war im Laufe ihrer 100-jährigen Geschichte eine wichtige Säule zur Stärkung der Demokratie und des Gemeinwohls im Auswärtigen Dienst“, hob der 1. Vorsitzende der VDAB und Mitglied des vbob Bundesvorstands, Michael Wolter, hervor. Sie verschreibt sich seit 1919 – mit einer von den Nationalsozialisten erzwungenen Pause – dem Ziel, die Gemeinschaft und die beruflichen Interessen ihrer Mitglieder zu pflegen und zu fördern.

Aktuell engagiert sich die VDAB besonders bei dem Thema Ein-

richtung einer nachgeordneten oberen Bundesbehörde, dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten, das seinen Sitz in Brandenburg an der Havel und in Berlin haben wird. Die VDAB mahnt in diesem Zusammenhang bei



der pünktlich zur Feier erschienenen Festschrift:

„So wie der Auswärtige Dienst in dieser Zeit das Bild Deutschlands in der Welt geformt hat, so haben die Mitglieder der VDAB innerhalb des Auswärtigen Amtes die Interessen der Beschäftigten abgebildet“ und fügte den deutlichen Wunsch nach einer Fortführung der jahrzehntelangen gemeinsamen Zusammenarbeit zwischen vbob und VDAB im Sinne und zum Wohle der Beschäftigten des Auswärtigen Dienstes hinzu. Dem sieht die VDAB auch in ihrem zweiten Jahrhundert mit Freude entgegen.

mw

> Mitgliederversammlung im Statistischen Bundesamt

Am 22. Oktober 2019 fand die jährliche Mitgliederversammlung der vbob Fachgruppe Statistisches Bundesamt Wiesbaden statt. Zu Beginn begrüßte der Fachgruppenvorsitzende Peter Gausam die anwesenden Mitglieder. Es folgte ein Gedenken an die verstorbenen Mitglieder.

Im Anschluss wurde der Rechenschaftsbericht vom Vorsitzenden vorgetragen. Der Schatzmeisters der Fachgruppe, Jan Otto, berichtete dem Gremium in seinem Vortrag, dass auch die Kassenprüfung keinerlei Beanstandung ergeben habe, und es erfolgte die Entlastung des Vorstandes. Die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl in die einzelnen Gremien wurde den anwesenden Mitgliedern vorgestellt und von diesen nach kurzer Diskussion durch Abstimmung gebilligt.

Wiedergewählt als Fachgruppenvorsitzender wurde Peter Gausam, ebenso Manuela Knöpp und Mathias Huber als stellvertretende Vorsitzende sowie Jan Otto als Schatzmeister. Erstmals wurden Penny-Ann Puchalka und Andreas Kühner als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Die Kollegen Peter Bleses und Dominik Asef übernehmen die Kassenprüfung. Erstmals wurde Esther Rickert-Nitsch als Schriftführerin gewählt. Vervollständigt wird der neue Vorstand durch die Beisitzer Sven Conradi, Peter Roßmann, Lothar Hake und Mustafa Haji Nasir. Der Vorsitzende bedankte sich bei den bisherigen „Funktionsträgern“ für die in den zurückliegenden Jahren geleistete Arbeit und wünscht dem neuen Vorstand viel Erfolg.

Der langjährige stellvertretende Vorsitzende der Fachgruppe, Hans-Jürgen Jung, trat aus Altersgründen nicht mehr zu Wiederwahl an. Seine Verdienste für den vbob und in der Personalratsarbeit würdigte Peter Gausam in seiner Laudatio. Er überreichte dem Kollegen Jung ein Geschenk der Fachgruppe und des Bundesvorstands sowie ein Schreiben der Bundesvorsitzenden.

P. Gausam

der Umsetzung dieses umfangreichsten Projekts in der Geschichte des Auswärtigen Amtes „Sorgfalt vor Eile“ an, gilt es doch die Attraktivität der neuen Behörde zu gestalten und die des Auswärtigen Amtes zu erhalten.

Rita Berning würdigte als Bundesvorsitzende des vbob das Engagement der VDAB-Mitglieder in einem Grußwort in

> Pensionärstreffen

Die Pensionäre und Rentner(innen) der Bonner Bundesbehörden treffen sich jeden 1. Dienstag im Monat um 14 Uhr im Casino des Bundesministeriums des Innern, Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn.

Die nächsten Termine: **7. Januar**
4. Februar

Die Kölner Ruheständler (Fachgruppe 23) des vbob Stammtisches treffen sich alle zwei Monate am 1. Dienstag im Monat um 16 Uhr im Bierhaus am Rhein, Frankenwerft 27, 50667 Köln.

Der nächste Termin: **4. Februar**

Die in Frankfurt und Umgebung ansässigen Ruheständler treffen sich jeden **letzten Dienstag** im Monat um 16 Uhr in der Weinstube im Römer, Römerberg 19, 60311 Frankfurt.

Der nächste Termin: **28. Januar**